

Internationaler Frauentag?

Wozu?

Haben die Frauen nicht eh schon alles erreicht?

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts kämpften Frauen für Frauenwahlrecht, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Nach mehr als 100 Jahren Kampf für Frauenrechte könnte man/frau meinen, dass eine der grundlegendsten Forderungen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ schon längst erfüllt sein müssten – doch die Realität sieht anders aus!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Aus der Broschüre „Männer und Frauen in Österreich“ des Bundeskanzleramtes von 2007 geht hervor, dass Frauen noch immer für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als Männer: Die folgenden Zahlen geben den Medianwert (50% verdienen mehr, 50 % verdienen weniger) der Frauen in % des Medianwerts der Männer an:

Öffentliche Bedienstete im hochqualifizierten Bereich :	80%
Angestellte, führende Tätigkeiten:	59%
Facharbeiterinnen:	62%
Hilfsarbeiterinnen:	77%

Mindestlohn 1.100 Euro netto!

Es gibt noch immer Kollektivvertragslöhne, die unter 1.000 Euro brutto liegen: Handelsangestellte der untersten Lohnstufe verdienen 975 Euro brutto, ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie und in Putzereien verdienen 950 Euro brutto.

Kostenlose und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung für alle Kinder!

Frauen arbeiten oft Teilzeit, um Betreuungspflichten nachkommen zu können. 56% aller teilzeitarbeitenden Frauen, aber nur 15% aller teilzeitarbeitenden Männer mussten Teilzeit wählen, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.

Rechtliche Gleichstellung aller atypisch Beschäftigten!

70% aller geringfügig Beschäftigten sind Frauen. 40% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeitjobs, bei den Männern sind es nur 6,5%. 11% der teilzeitarbeitenden Frauen und 16% der Männer geben an, einen Vollzeitarbeitsplatz angestrebt, aber nicht bekommen zu haben.

Besonders dramatisch ist der rapide Anstieg der Anzahl der freien DienstnehmerInnen (1998 : 9.600 -> 2006 : 27.400) und der WerkvertragsnehmerInnen (1998 : 7.700 -> 2006 : 36.200).

Familienfreundliche und geregelte Arbeitszeiten!

Durch die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes, die in einer "Speed-kills" Aktion im Juli 2007 vom Parlament abgesegnet wurde - und die von den Sozialpartnern vorbereitet wurde - ist es möglich, MitarbeiterInnen in "außergewöhnlichen Spitzenbedarfszeiten" in insgesamt 3 Blöcken zu je 8 Wochen bis zu 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden in der Woche (!!!) arbeiten zu lassen! Wie können Familie und Beruf unter solchen Umständen vereinbart werden?

Rücknahme der Verschlechterungen durch die Pensionsreform!

Bereits jetzt liegt der Medianwert der Frauenpensionen bei 722 Euro, bei Männern bei 1.527 Euro! Wurden früher jene 15 Jahre zur Pensionsberechnung herangezogen, in denen man/frau am besten verdient hat, so wird nach der Pensionsreform die gesamte Lebensarbeitszeit als Grundlage genommen. Das wirkt sich besonders negativ auf Frauen aus, die wegen der Kinderbetreuung lange Zeit teilzeitbeschäftigt waren. Zeiten der Kindererziehung müssen ausreichend aufgewertet werden!

Recht auf Weiterbildung im Beruf und sinnvolle Qualifizierungen von Erwerbsarbeitslosen in Absprache mit den Betroffenen!

Spezielle Förderung von "WiedereinsteigerInnen"!

Frauen sind in niedrig qualifizierten Bereichen besonders stark vertreten – so beträgt der Frauenanteil der HilfsarbeiterInnen 57%, jener der Angestellten im untersten Lohnsektor 68%, während nur 5% aller MeisterInnen Frauen sind.

Volle Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes für Alleinerziehende!

Das Kinderbetreuungsgeld kann nur dann in voller Länge bezogen werden, wenn beide Eltern in Karenz gehen. Dies stellt für die immer größer werdende Zahl von (hauptsächlich weiblichen) AlleinerzieherInnen eine massive Benachteiligung dar.

Recht auf Notstandshilfe unabhängig vom PartnerInneneinkommen!

Wenn der/die PartnerIn „zuviel“ verdient, kann nach Ende des Bezuges des Arbeitslosengeldes keine Notstandshilfe bezogen werden. Das treibt viele Familien in Armut und macht finanziell vom/ von der PartnerIn abhängig.

Rücknahme des Fremdenrechtspaketes!

Für ein Recht auf Familienleben unabhängig von der Herkunft des/der Partners/in!

Die unmenschlichen Bestimmungen des "Fremdenrechtspaketes" reißen Familien auseinander. Frauen aus "Drittstaaten" werden, obwohl mit österreichischen Partnern verheiratet - und oft Mütter österreichischer Kinder - gezwungen, ihren Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung aus den jeweiligen Herkunftsländern zu stellen, aus denen viele von ihnen aus gutem Grund geflohen sind.

Österreichische Frauen, die mit "Drittstaatenangehörigen" verheiratet sind, müssen alleine ein Familieneinkommen von 1.091 Euro aufbringen, weil ihr Partner nicht arbeiten darf, bis sein Antrag auf Aufenthaltsbewilligung genehmigt ist. Wie sollen das Kindergeldbezieherinnen, Studentinnen oder Teilzeitbeschäftigte schaffen?

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich!

Utopisch?

Unfinanzierbar?

Geld ist genug da – es ist nur ungerecht verteilt.

Die Umsätze und Gewinne explodieren, während die Lohnquote trotz Beschäftigungszuwachs stetig sinkt. Handelsangestellte – zu einem hohen Prozentsatz Frauen – sind besonders von der „Prekarisierung“ betroffen: oft werden nur Teilzeitjobs angeboten; es gibt kaum feste Dienstpläne; Überstunden werden oft nicht bezahlt. Aber auch der Handel verbucht 4% des Umsatzes als Gewinn. Das bedeutet, dass jedeR Handelsangestellte durchschnittlich 11.500 Euro Gewinn erwirtschaftet. Mehr, als die meisten der 400.000 Frauen im Handel Jahreseinkommen haben.

Die Gewerkschaften müssen sich deshalb schnellstens verstärkt für die Anliegen der Frauen und atypisch Beschäftigten einsetzen!

Deine Meinung interessiert uns! Wir wollen wissen, welche Wünsche und Anregungen Du hast! Und wir wollen uns miteinander überlegen, welche Aktionen wir gemeinsam durchführen können, um unsere Forderungen durchzusetzen!

Wir laden Dich herzlich ein, zu unserem nächsten Treffen am Freitag, den 14. März um 19 Uhr ins Cafe Käuzchen, 1070 Wien, Gardegasse 8, kommen.

Solltest Du an diesem Tag nicht kommen können, kannst Du uns Deine Meinung in unserem **Forum** mitteilen: <http://www.gewerkschaftsplattform.org/forum/>



www.gewerkschaftsplattform.org
wastun@gewerkschaftsplattform.org
Tel: +43 650 / 408 23 85